

19. September 2017

Kommentar \ **Wahlkampfthema Asyl- und Migrationspolitik: Wie sehr trägt das Vorbild Kanada?**

Weitere Informationen:

SUSANNE HEINKE

*Head of Public Relations
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

+49 (0)228 911 96-44, Fax -22
pr@bicc.de

Die deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik soll neu gestaltet werden. Darüber herrscht weitgehende Einigkeit zwischen den Parteien, die sich Hoffnungen auf einen Einzug in den Deutschen Bundestag am 24. September 2017 machen. Tim Röing, Wissenschaftler am BICC, fragt kritisch nach, ob das viel zitierte „Vorbild Kanada“ auch für Deutschland taugt.

Als ein Vorbild für die Neugestaltung der deutschen Asyl- und Einwanderungspolitik gilt derzeit für viele Kanada mit seiner strikten Trennung von Arbeitsmigration und Asyl, seinem quotengesteuerten Punktesystem und seinen umfangreichen humanitären Umsiedlungsprogrammen. Die SPD erwähnt das kanadische Modell sogar wörtlich in ihrem Wahlprogramm. Auch Vertreter der Grünen, der FDP und selbst der AfD bezogen sich in Interviews auf dieses Vorbild. Lediglich die Linke lehnt aus humanitären Gründen eine Trennung von Flucht und Arbeitsmigration sowie Quotenregelungen strikt ab. Doch wie funktioniert die kanadische Asyl- und Migrationspolitik eigentlich und eignet sie sich als Vorbild für Deutschland?

Das „kanadische Modell“

In Kanada wird Arbeitsmigration strikt von der Asylpolitik getrennt. Die Arbeitsmigration wird über ein zentrales Einwanderungsprogramm gesteuert, während humanitäre Umsiedlungsprogramme die wichtigste Säule der Asylpolitik bilden. In den vergangenen Jahren waren 60% aller nach Kanada einwandernden Personen Arbeitsmigranten, 25% kamen über Familienzusammenführungsprogramme und etwa 10% als Flüchtlinge. Kanada gestaltet seine Zuwanderungspolitik unter dem sogenannten „[Whole of Government](#)“-Ansatz. Dabei werden von lokalen Gemeinden, über Kommunal- und Provinzregierungen bis zur Bundesebene alle Akteure in die Politikgestaltung und ihre Durchführung eingebunden. Die einzelnen Provinzen haben weitreichende Mitspracherechte und können auch eigene Einwanderungsprogramme betreiben.

Für Bewerber, die als Arbeitsmigranten nach Kanada einwandern möchten, existiert ein Punktesystem. Dabei werden verschiedene Kriterien der Bewertung zugrunde gelegt, etwa Sprachkenntnisse oder berufliche Qualifikation. Derzeit ist es nicht möglich, ohne ein konkretes Arbeitsplatzangebot auf die erforderliche Mindestpunktzahl für ein Arbeitsvisum zu kommen. Es bestehen jedoch Ausnahmen für in Kanada besonders gefragte Berufsgruppen und Investoren, sowie für Personen mit besonders erfolgversprechenden Geschäftsideen. Die Anzahl erteilter Einreisegenehmigungen

hängt von der aktuellen Arbeitsmarktsituation ab und wird jährlich neu gedeckelt. Für das Jahr 2017 liegt sie bei 300.000.

Asyl in Kanada

Die [kanadische Asylpolitik](#) beruht auf zwei Systemen: Dem „In-Canada Asylum System“ für Personen, die im Land selbst einen Antrag stellen, und die Resettlement-Programme, in welchen Menschen direkt aus Krisengebieten nach Kanada gebracht werden. Kanada unterscheidet zudem zwischen „Protected Persons“ und „Convention Refugees“, was der deutschen Unterscheidung zwischen Asyl und subsidiärem Schutz entspricht. Allerdings haben, im Unterschied zu Deutschland, beide Kategorien von Personen ein Recht auf dauerhafte Niederlassung in Kanada, wenn ihre Anträge bewilligt werden. Es existiert auch eine Liste mit „Designated Countries of Origin“ (DCO), welche den sicheren Herkunftsstaaten im deutschen Kontext entsprechen. Zudem besteht, ähnlich zum Dublin-Verfahren der EU, ein [Drittstaatenabkommen](#) mit den USA. Diese Regelungen haben zur Folge, dass Asylanträge von Personen, die aus DCO's stammen oder über die Vereinigten Staaten einreisen, pauschal als unbegründet angesehen und nur in Ausnahmefällen positiv beschieden werden. In der Regel erfolgt eine Rückführung. Falls dies nicht möglich sein sollte, behält sich Kanada eine Inhaftierung abgelehnter Asylbewerber vor, wobei die Abschiebehaft zeitlich unbegrenzt ist.

Die kanadischen Umsiedlungsprogramme

Umsiedlungsprogramme zur Überführung nach Kanada sind das Hauptinstrument der kanadischen Asylpolitik. Es existieren drei Programme: Das Government Assisted Resettlement Program (GAR), das Privately Sponsored Resettlement Program (PSR) und das Blended Visa Office Referred Refugees Program (BVORR). Die frankophone Provinz Québec betreibt zudem ein eigenes Programm.

Das GAR wird von der kanadischen Bundesregierung finanziert. Für dieses Programm ausgewählte Flüchtlinge erhalten Unterstützungsleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und Hilfestellungen bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche über eine Dauer von bis zu einem Jahr. Das PSR beruht dagegen auf der Hilfsbereitschaft der Gesellschaft. Für eine Teilnahme können sich Gruppen von Individuen oder ganze Gemeinden bewerben, welche sich verpflichten, über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren soziale, finanzielle und emotionale Unterstützung für Flüchtlinge zu leisten. Der Transport nach Kanada, die Bereitstellung einer temporären Unterkunft und Hilfe bei der Integration gehören ebenfalls zu den erwarteten Unterstützungsleistungen. Das BVORR schließlich ist eine Mischung aus den beiden ersten Programmen, wobei die finanzielle Verantwortung während der ersten zwölf Monate zwischen dem Staat und den privaten Sponsoren aufgeteilt wird.

Wichtigstes Auswahlkriterium für eine Umsiedlung nach Kanada ist die individuelle Bedürftigkeit der Bewerber. Diese müssen beim UNHCR registriert sein und von diesem empfohlen werden. In der Türkei kooperiert Kanada auch mit der dortigen Regierung. Unbegleitete Frauen und Kinder, ganze Familien und Mitglieder der LGBTIQ-Gemeinschaft genießen Priorität. Es besteht zudem eine Geschlechterquote. Personen, die vom UNHCR für eine Umsiedlung ausgewählt wurden, müssen zunächst eine medizinische Untersuchung absolvieren und eine Sicherheitsprüfung bestehen. Danach erfolgt die Ausstellung von Einreisedokumenten. Die Kosten für diese Prozeduren müssen von den Flüchtlingen selbst oder von deren Sponsoren übernommen werden. Die kanadische Regierung stellt hierfür Darlehen zur Verfügung. Nach ihrer Ankunft leben die Geflüchteten zunächst für kurze Zeit in einer Erstaufnahmeeinrichtung, bevor sie in privaten Wohnraum umziehen. Sie erhalten eine permanente Aufenthaltsgenehmigung, müssen Sprach- und Integrationskurse besuchen und können nach drei bis fünf Jahren die Staatsbürgerschaft beantragen. Seit Ende 2015 wurden mehr als 40.000 Syrer über diese drei Programme nach Kanada umgesiedelt.

Das Vorbild Kanada im Bundestagswahlkampf

Im Gegensatz zu den klaren kanadischen Regelungen wird das deutsche System mit seinen unterschiedlichen Einwanderungsregelungen je nach Ursprungsländern und seiner Unterscheidung zwischen Asyl, Flüchtlingsstatus und subsidiärem Schutz, welche mit jeweils unterschiedlichen Arbeitsmarktzugängen einher gehen, als unnötig kompliziert und nicht mehr zeitgemäß dargestellt. Zudem setzt es die falschen Anreize, da Menschen, die in erster Linie aus wirtschaftlichen Motiven einwandern, in Ermangelung anderer Möglichkeiten Asylanträge stellen würden. Von einer Neuordnung versprechen sich die Wahlkämpfer entsprechend eine bessere Steuerung der Zuwanderung nach- und wirtschaftlichen Gewinn für Deutschland. Viele der von ihnen vorgeschlagenen Reformelemente finden sich auch im kanadischen System. Darunter sind etwa:

\ Eine klare Trennung von Arbeitsmigration und Asylzuwanderung

Abgesehen von der Linken unterscheiden alle großen Parteien zwischen Arbeitsmigration und Asylzuwanderung. Für erstere soll in der nächsten Legislaturperiode ein einheitliches, an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes ausgerichtetes Einwanderungsgesetz geschaffen werden. [SPD](#), [Grüne](#) und [FDP](#) plädieren dabei für die Einführung eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild.

Die Asylkonzepte von [CDU](#), SPD, den Grünen und der FDP unterscheiden sich ebenfalls nur in Detailfragen. So plädiert die FDP für ein temporäres Schutzrecht für Kriegsflüchtlinge, welche nach Beendigung der Kampfhandlungen in ihre Heimatländer zurückkehren sollen, jedoch bei gleichzeitiger Möglichkeit des Übergangs in ein legales Einwanderungsverfahren. Die [AfD](#) plädiert ebenfalls für zeitlich begrenzte Schutztitel,

allerdings ohne eine Möglichkeit zur dauerhaften Einwanderung. SPD und Grüne favorisieren stattdessen eine langfristige Integration mit Aussicht auf Einbürgerung, wie sie auch in Kanada praktiziert wird. Die AfD möchte zudem den Familiennachzug für subsidiär schutzberechtigte weiterhin ausgesetzt lassen, während SPD, Grüne und Linke ihn wieder ermöglichen möchten. Die CDU und die FDP machen hierzu keine Angaben. Prinzipiell stehen alle Parteien zum im Grundgesetz verankerten Recht auf Asyl, mit Ausnahme der AfD, welche zudem eine Neuverhandlung der Genfer Flüchtlingskonvention anstrebt.

\ **Grenzsicherung, Kooperation mit Transitländern und dem UNHCR sowie die Schaffung sicherer Fluchtkorridore**

Weiterhin besteht Konsens darüber, dass Asylberechtigte ähnlich der kanadischen Praxis in Zukunft in erster Linie durch humanitäre Umsiedlungsprogramme und legale Fluchtkorridore aus Krisenregionen direkt nach Deutschland einreisen sollen. FDP und Grüne wollen hierfür humanitäre Visa einführen, die CDU plädiert außerdem für den Abschluss bilateraler Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei Vertrages mit weiteren Transitländern. CDU, FDP und AfD favorisieren generell eine Flüchtlingsunterbringung in der Nähe der Herkunftsstaaten unter Aufsicht des UNHCR und, im Falle der FDP, die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, um Flüchtlingen vor Ort Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Alle Parteien sind sich zudem einig, dass zukünftig stärker mit dem UNHCR kooperiert- und dieser besser finanziell ausgestattet werden müsse. Nach Vorstellung der AfD sollen Bootsflüchtlinge zukünftig nach australischem Vorbild in Drittstaaten interniert werden.

\ **Beschleunigte Verfahren und verbesserte Integrationsbedingungen in Deutschland**

Asylverfahren sollen künftig schneller und transparenter abgewickelt werden. Zudem betonen alle genannten Parteien die Wichtigkeit von Integrationsangeboten und Sprachkursen von der Erstaufnahme an. Bis auf die Linke sind sie weiterhin einig, dass abgelehnte Asylbewerber in Zukunft schneller in ihre Heimatländer zurückkehren sollen. Während die Grünen vor allem auf das Instrument der freiwilligen Rückkehr setzen, fordern die übrigen Parteien auch verstärkte Bemühungen zur Abschiebung. Am weitesten geht hier die AfD, welche Mindestabschiebequoten und eine generelle Minuszuwanderung fordert. Die CDU tritt zudem für eine Erweiterung der sicheren Herkunftsländer auf Nordafrika ein, während Linke und Grüne dies ablehnen.

Problematisch an diesen Vorschlägen ist, dass sie die Möglichkeit einer kompletten Kontrolle der Zuwanderung nach Deutschland suggerieren. Dies wird sich jedoch kaum umsetzen lassen, nicht zuletzt aufgrund der geografischen Lage. Zudem ist eine klare Unterscheidung von Flucht- und Arbeitsmigration in der Praxis oft nicht möglich, vielmehr spielen meist sowohl Sicherheitsaspekte, als auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle bei individuellen Fluchtentscheidungen. Flüchtlinge brauchen ökonomische

Perspektiven, während gleichzeitig auch bei Personen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern Asylgründe vorliegen können. Auch die wenig spezifischen Angaben zur Ausgestaltung der sicheren Fluchtkorridore bzw. der einzurichtenden Umsiedlungsprogramme lassen Fragen offen. So wird nicht klar, wie etwa gewährleistet werden kann, dass auch tatsächlich die Bedürftigsten umgesiedelt werden, bzw. nach welchen Kriterien diese überhaupt identifiziert werden können. Auch besteht die Möglichkeit einer Ausrichtung dieser Programme nach tagespolitischen Erwägungen, worauf im weiteren Verlauf dieses Textes noch eingegangen wird. Bei der Einführung temporärer Schutztitel stellt sich schließlich die Frage, wie (und von wem) bestimmt werden kann, dass ein bewaffneter Konflikt tatsächlich zu Ende ist.

Vorbild Kanada?

Eine Evaluierung des kanadischen Modells bezüglich seiner Übertragbarkeit auf Deutschland sollte, entsprechend der im vorherigen Absatz geäußerten Kritik, an zwei Punkten ansetzen: Der praktischen Umsetzbarkeit und den humanitären Implikationen.

Generell ist es fraglich, ob eine Steuerung der Zuwanderung, wie sie Kanada betreibt, im europäischen Kontext überhaupt möglich ist. Hierbei sollte beachtet werden, dass Kanada bei der Gestaltung seiner Migrations- und Asylpolitik von seiner geografischen Isolation profitiert. Diese erlaubt es der kanadischen Regierung, Migrationsbewegungen nahezu lückenlos zu kontrollieren. Die Ankunft einer großen Anzahl von Zuwanderern auf dem Landweg war bis vor kurzem fast undenkbar, da mit dem einzigen Nachbarland, den USA, ein Drittstaatenabkommen besteht. Deutschland liegt dem hingegen im Zentrum Europas und damit in direkter Nähe zu den Konfliktregionen des Nahen Ostens und Afrikas. Zudem ist Deutschland auch Teil der Europäischen Union und damit bei der Gestaltung seiner Zuwanderungs- und Asylpolitik, aber auch bei seiner Grenzsicherung sehr viel stärker eingeschränkt als Kanada. Anzunehmen, dass eine Übertragung des kanadischen Modells auf Deutschland alle Probleme lösen würde, dürfte sich als Trugschluss erweisen. Eine Konsequenz könnte stattdessen sein, dass Migration generell weiter de-legitimiert wird. Anzeichen dieses Diskurses sind in Kanada zu erkennen. So kommt es seit den von der Trump-Regierung vorgenommenen Einschränkungen der amerikanischen Asylpolitik und den verschärften Bestrebungen zur Abschiebung illegaler Einwanderer zu einem historischen Anstieg illegaler Grenzübertritte. Die kanadische Regierung sah sich gezwungen, Auffangzentren entlang der Grenze zu errichten. Ein Großteil dieser Menschen hat nach kanadischem Recht keinen Anspruch auf Asyl und muss in die USA zurückgeführt werden, obwohl ihnen dort eventuell eine Ausweisung droht und das Risiko, Opfer fremdenfeindlicher Gewalt zu werden, steigt. Auch Menschen aus unsicheren Heimatländern sind davon betroffen. Premierminister Trudeau wurde von der Opposition vorgeworfen, diesen Anstieg durch seine medialen [Willkommensbotschaften](#) verursacht zu haben, woraufhin sich der Regierungschef von

seinen Aussagen distanzierte. Dabei betonte er, dass nur diejenigen Flüchtlinge, die tatsächlich bedürftig seien, ein Anrecht auf Asyl in Kanada hätten und sich dafür an die Regeln halten müssten. Wirtschaftliche Erwägungen seien kein Asylgrund. Hier zeigen sich Unzulänglichkeiten der kanadischen Einwanderungspolitik, welche im deutschen Kontext noch viel stärker zum Tragen kommen dürften.

Unter humanitären Gesichtspunkten ist zudem die Auswahl der Resettlement-Flüchtlinge, die durch UNHCR bzw. die türkische Regierung vorgenommen wird, problematisch. [Menschenrechtsorganisationen](#) kritisieren, dass den besonderen Umständen, denen sich insbesondere Angehörige sexueller Minderheiten oder politische Dissidenten in Flüchtlingslagern in der Nähe ihrer Heimat ausgesetzt sehen, im Auswahlverfahren nicht genügend Beachtung geschenkt werde. Auch die Konzentration auf Syrien sei zumindest fragwürdig, da Flüchtlinge aus anderen Krisenregionen bisher nicht in den Genuss ähnlich umfangreicher Umsiedlungsprogramme kamen. Zwar steht es grundsätzlich jedem vom UNHCR registriertem Flüchtling auf der Welt frei, einen Asylantrag in Kanada zu stellen. Dafür muss jedoch zunächst der UNHCR den entsprechenden Antragsteller den kanadischen Behörden empfehlen. Daran anschließend läuft der reguläre Bewerbungsprozess an. Ohne ein staatliches Umsiedlungsprogramm, wie es seit 2015 für syrische Flüchtlinge läuft, stellt diese Prozedur eine große Hürde dar. Hier spielte wohl die emotionale Reaktion der kanadischen Gesellschaft auf die Bilder der Flüchtlingskrise des Sommers 2015 eine große Rolle. Dies birgt jedoch die Gefahr einer Ausrichtung der kanadischen Asylpolitik nach tagespolitischen Erwägungen, und nicht nach strikt humanitären Gesichtspunkten. So profitierten bereits in den 1970er Jahren vietnamesische Flüchtlinge von einem umfangreichen Umsiedlungsprogramm.

Personen, die nicht über ein offizielles Programm nach Kanada gekommen sind, leben zudem oft in sehr prekären Verhältnissen. Dies betrifft sowohl anerkannte Flüchtlinge, als auch abgelehnte Asylbewerber und Personen, die nicht in die USA zurückgeführt werden können. Viele nicht abgeschobene Einwanderer bleiben illegal in Kanada, wo sie unter meist sehr prekären Bedingungen leben. Der öffentliche Diskurs unterscheidet hier oft zwischen „echten“, bedürftigen Flüchtlingen und sogenannten „Bogus Refugees“, Wirtschaftsflüchtlingen. Die konservative Regierung unter Premierminister Harper machte sich diese Rhetorik für ihre restriktive Einwanderungspolitik zunutze, aber auch sein liberaler Nachfolger Trudeau bediente sich ihr. Bereits kleinere formelle Fehler oder fehlerhaft getätigte Angaben bei der Antragstellung können zudem zum Verlust der Niederlassungserlaubnis führen und den Familiennachzug verhindern. Etwa 50% aller Fälle, in denen anerkannten Flüchtlingen der Familiennachzug aufgrund von Formfehlern oder Falschangaben verweigert wurde, betrafen Kinder und Ehepartner, die in ihrer Heimat gefährdet waren. Dieser zunehmende Fokus auf Sicherheit, welcher mit umfangreichen Eingriffsrechten in die Privatsphäre der Betroffenen einher geht, sowie

die schnelle Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und die unbegrenzte Abschiebehaft stehen im Fokus menschenrechtlicher Kritik.

Kritisiert wird zuletzt der bei den Private-Sponsored Refugee Programmen erkennbare Trend zur Privatisierung staatlicher Leistungen. Auch die Einstellung der staatlichen Unterstützungsleistungen nach 12 Monaten setze die Betroffenen unter ungebührlich großen Druck. Der Fokus bei der Integration werde zu sehr auf ökonomische Kriterien gelegt, was Anlass zu Befürchtungen gibt, wonach die Regierung bei der Auswahl von Resettlement- Flüchtlingen vor allem deren ökonomisches Potential zugrunde legt. Privat gesponsorte Personen erhielten zudem eine deutlich bessere Unterstützung als von der Regierung gesponsorte.

Besonderheiten der kanadischen Gesellschaft

Ein positiver Aspekt des kanadischen Modells ist die große Bereitschaft der Gesellschaft, Zuwanderer aufzunehmen und zu integrieren. Allerdings herrscht in Kanada auch Konsens darüber, Einwanderer willkommen zu heißen. Toleranz und Multikulturalismus gelten als grundlegende kanadische Werte, die in Integrationskursen auch an Einwanderer vermittelt werden. Dieses Selbstverständnis ist in Form des [Multiculturalism Act](#) sogar Teil des kanadischen Gesetzwerkes. Zuwanderer sollen sich entsprechend von Beginn an als Kanadier fühlen und selbstverständlich kanadische Staatsbürger werden können. Dieser Diskurs ist untrennbar mit der relativ erfolgreichen Integration Zugewanderter in Kanada verbunden, dürfte im deutschen Kontext aber schwer zu reproduzieren sein. Bei allem Respekt für die humanitären Leistungen Kanadas und die multikulturelle Offenheit seiner Bevölkerung sollte daher bei Versuchen, das kanadische Modell auf andere Kontexte zu übertragen, Vorsicht geboten sein. Weder der geografische Vorteil des Landes, noch seine multikulturelle Tradition lassen sich in anderen Kontext reproduzieren. Zudem bestehen humanitäre Bedenken. Die grundsätzliche Reformbedürftigkeit der deutschen Zuwanderungspolitik ist dabei unbestritten und auch die Bereitschaft zur Einrichtung humanitärer Umsiedlungsprogramme ist sehr zu begrüßen. Allerdings sollte eine Neuordnung auf den europäischen Kontext zugeschnitten sein und eher als offener Prozess, denn vom (erhofften) Ende her gedacht werden.

Folgende Empfehlungen lassen sich aus dieser kurzen Erörterung ableiten:

\ Das kanadische Vorbild eignet sich nur bedingt für Deutschland

Die geografischen, historischen und demographischen Besonderheiten Kanadas lassen sich nicht auf den deutschen Kontext übertragen. Stattdessen sollten die Asyl- und Migrationspolitik auf europäischer Ebene reformiert werden.

\ Neugestaltung der Asyl- und Migrationspolitik unter Einbezug aller Akteure

Die unterschiedlichen Politikebenen, die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft sollten bei der Neugestaltung der Asyl- und Migrationsgesetzgebung einbezogen werden. So

ließe sich eine höhere Legitimität sicherstellen. Der kanadische „Whole of Government Approach“ kann hierbei als Vorbild dienen.

\ **Gestaltung von Umsiedlungsprogrammen nach humanitären Gesichtspunkten**

Umsiedlungsprogramme müssen so gestaltet werden, dass die Auswahl der Umzusiedelnden humanitären Gesichtspunkten folgt und nicht tagespolitischen Erwägungen. Hierfür müssen transparente Standards geschaffen werden.

\ **Bessere Koordination und Unterstützung des UNHCR**

Die von allen Parteien angekündigte stärkere Unterstützung des UNHCR ist sehr zu begrüßen. Um Ungleichbehandlungen verschiedener Flüchtlingspopulationen und eine Konzentration dieser in einzelnen Aufnahmeländern zu vermeiden, sollte die Umsiedlung Geflüchteter jedoch eng mit anderen aufnahmebereiten Staaten koordiniert werden.

\ **Zuwanderung muss mit Sozialpolitik verbunden sein**

Wirtschaftliche Ungleichheit ist ein wesentlicher Grund für zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Abschottungstendenzen sowohl innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft, als auch unter Zugewanderten. Eine Migrationspolitik muss daher einhergehen mit einer Sozialpolitik, die es sich zur Aufgabe macht, wirtschaftliche Ungleichheiten zu verringern und einer Arbeitsmarktpolitik, die Chancengleichheit herstellt.

Tim Röing arbeitet am BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn). Er forscht im Projekt „Zwischen Bürgerkrieg und Integration: Die Aufnahme von Flüchtlingen als Chance und Herausforderung für den gesellschaftlichen Wandel in Nordrhein-Westfalen.“

Prof. Dr. Suzan Ilcan von der Balsillie School of International Affairs/ University of Waterloo und **Nikita Shah**, Graduate Research Fellow am Centre for International Governance Innovation (CIGI) in Waterloo, Ontario, unterstützten den Autor durch Rechercheergebnisse aus Kanada.